
Positionspapier zum Ukraine-Krieg

Putins Angriff auf die Ukraine hat die Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent und auch darüber hinaus nachhaltig verändert und eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass die seit Jahrzehnten verankerten Leitsätze der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik überholt sind.

Die Annahme, dass

- die liberale Demokratie das einzig legitime Ordnungsmodell sei und sich auf Dauer weltweit durchsetzen werde,
- Großmächte wie China und Russland in diese liberale Weltordnung verantwortlich eingebunden werden können und sich dadurch auf Dauer dem Westen annähern,
- die Weltpolitik sich zunehmend in ein gegenseitiges rechtliches Regelwerk einbinden werde, bei dem auch die Großmächte im Rahmen von Global Governance sich an allgemeinverbindliche Regeln binden werden und
- die Bedeutung militärischer Gewalt, insbesondere zwischenstaatlicher Art, an Bedeutung verlieren werde,

war bereits durch die weltweit gegensätzliche Entwicklung der letzten Jahre deutlich in Frage gestellt und hat sich mit dem Angriff auf die Ukraine eindeutig als nichtzutreffend herausgestellt.

Die über Jahrzehnte aufgebaute internationale Ordnung erfährt seit Jahren eine zunehmende Schwächung:

- der rasante Aufstieg Chinas mit der Rückkehr zu einer Machtpolitik, die sich über internationale Normen hinwegsetzt,
- die abnehmende Fähigkeit der USA, Garant der internationalen Ordnung zu sein,
- die einschneidenden Folgen des Klimawandels und
- der rapide technologische Umbruch

verändern die Rahmenbedingungen schneller, als Deutschland und die Europäische Union es wahrhaben wollen.

Deutschland hat sich diesen Realitäten der letzten Jahre nicht gestellt und sich auf den Schutz der USA und der NATO verlassen. Dabei ist Deutschland jedoch wie kaum ein anderes Land weltweit wirtschaftlich verflochten, von offenen Märkten und Handelswegen abhängig und deshalb auch besonders von der sich verändernden Außen- und Sicherheitspolitischen Lage betroffen.

Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden in dem es seine international anerkannte Führungsrolle als stärkstes Land in der EU im engen Schulterschluss der EU-Partner -insbesondere Frankreich- einnimmt. Die Annahme dieser Führungsrolle ist Voraussetzung für Europas Handlungsfähigkeit in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik und damit für eine längst überfällige glaubwürdige Politik gegenüber China und Russland.

Auf diese notwendigen Veränderungen weisen die FREIE WÄHLER bereits seit 2017 in ihren Wahlprogrammen zur BTW und zum EU-Parlament hin.

Auch wenn wir uns andere Umstände gewünscht hätten, nehmen wir anerkennend zur Kenntnis, dass sich die deutsche Politik den Realitäten stellt und den langjährigen Forderungen der FREIE WÄHLER annähern.

Auch die gerade aufflammende Diskussion zur Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für alle ist eine langjährige Forderung der FREIE WÄHLER, die bereits seit dem Wahlprogramm zur BTW 2017 niedergeschrieben ist.

So wie die Wehrpflicht früher, bedarf es auch heute eines identitätsstiftenden Einsatzes für die Gesellschaft. Ansonsten droht sie in lose Gruppen von Individualisten zu zerfallen. Veränderte Sicherheits- und Bedrohungslagen erfordern zudem eine Anpassung der militärischen Strukturen, womit sich der Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs erhöht. Wir fordern deshalb ein Gesellschaftsjahr für Frauen und Männer. Dabei soll es eine Wahlfreiheit zwischen dem Dienst der Bundeswehr, im Katastrophenschutz, bei der Feuerwehr und vielen weiteren Blaulichtorganisationen sowie im sozialen Bereich geben. Dieser Dienst für die Gemeinschaft muss sich für jeden lohnen.

Darüber hinaus begrüßen wir, dass der Bundestag endlich seine Blickrichtung verändert hat, auf welche die FREIE WÄHLER schon vor Jahren hingewiesen haben.

Auch fordern wir bereits 2017, dass es unsere vornehmste Zielsetzung sein muss, die Rolle der EU in der NATO zu stärken. Hierzu brauchen wir zwingend einsatzfähige Streitkräfte mit bedarfsgerechter und moderner Ausrüstung und ernstzunehmende Anstrengungen hin zu einer Europäischen Armee und einem Europäischen Beschaffungssystem statt nationaler Alleingänge.

Für das Bestehen in Krisen ist eines unabdingbar: das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeiten zum Krisenmanagement und in die Handlungsfähigkeit der politischen Führung.

Vertrauen kann man jedoch nicht gewinnen, wenn in kürzesten Zeitabständen sich Einschätzungen Elementar verändern und getroffenen Maßnahmen ständig angepasst oder ins Gegenteil verändert werden.

In 2021 wurde durch die Regierung der Verteidigungsetat mit den Eckwerten für den Haushalt 2022 auf 50,3 Milliarden Euro und einem Absinken bis 2026 von fast 4 Milliarden Euro festgelegt. Nach den Berechnungen der Bundeswehr sei dagegen eine schrittweise Etatsteigerung auf 59,1 Milliarden Euro erforderlich. Demnach hätte die Regierung mit dem HH-Plan eine Budgetlücke von 37,6 Milliarden Euro bis 2026 in Kauf genommen und damit das Scheitern der dringend erforderlichen Modernisierung der Bundeswehr bewusst in Kauf genommen.

Noch vor zwei Wochen wurden mit der Vorlage des HH-Planes, der am 9. März hätte beschlossen werden sollen, nicht einmal die notwendigen HH-Mittel für die bestehende mittelfristige Finanzplanung zur Verfügung gestellt und damit der Weg der unstrittig dringend notwendigen Fortführung der materiellen Ausrüstung der Bundeswehr in Frage gestellt. Etwas mehr als eine Woche später wird ein historisches Sondervermögen von 100 Milliarden Euro in Aussicht gestellt und einen dauerhaften Anteil der Verteidigungsausgaben oberhalb der vertraglich zugesicherten 2 % des Bruttoinlandsproduktes zugesichert. Bisher betrug der Anteil weniger als 1,5 %.

Wie soll man Vertrauen zu einer Regierung aufbauen, die offensichtlich einer solch eklatanten Fehleinschätzung zum Opfer gefallen ist.

Wir FREIE WÄHLER stehen hinter der Entscheidung, ein Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. einzusetzen um den Sicherheitsinteressen unseres Landes und seiner Einsatzkräfte gerecht zu werden sowie unsere Bündnisfähigkeit wiederherzustellen. Dabei muss jedoch jedem klar sein: die in Aussicht gestellte Sonderfinanzierung und die jährliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf dauerhaft mehr als 2 % des BIP sind lediglich dazu geeignet, das über Dekaden aufgebaute Ausrüstungsdefizit der Bundeswehr in ihrer jetzigen Stärke und Struktur zu beheben. Es darf aber bestritten werden, dass die Bundeswehr in ihrer jetzigen Struktur und Stärke den künftigen Herausforderungen der sich offensichtlich eklatant geänderten Sicherheitslage gerecht wird.

Abschließend möchten wir aber auch betonen, wie wichtig es ist, humanitäre Hilfe zu Hause und vor Ort zu leisten. Wir FREIE WÄHLER begrüßen das derzeitige Engagement aller NGO's und bewundern die Zivilcourage der Menschen.